



© APA/Hans Klaus Techt

Die Reform der Sozialversicherung dürfte nicht so viel bringen, wie sich die Regierung vorstellt.

# Teure Reformpläne

Je länger die Analysen der Regierungspläne zur Kassenreform dauern, umso mehr zeigt sich, dass die Kosten enorm sind.

WIEN. Die Regierung will mit der Reform und Zusammenlegung der 21 Sozialversicherungsträger auf fünf eine Milliarde Euro für die Versorgung frei machen. Kritiker schätzen, wie berichtet, dass die Reform hingegen bis zu 1,6 Mrd. € kosten wird. Doch je länger Experten den Gesetzesentwurf der Regierung begutachten, umso mehr zeigt sich, dass die Kosten noch weit höher

sein könnten. Die Arbeiterkammer hat nun berechnet, dass die Zusammenlegung bis zu 2,1 Mrd. € kosten wird.

## Kritik vom Presserat

Wie die Regierung nun selbst in einer Anfragebeantwortung einräumen musste, waren auch die Angaben über die Höhe der Kassenausgaben im Vorfeld der Reformmankündigung schlicht

falsch. So gibt es statt der ursprünglich von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) genannten 160 Dienstwagen deutlich weniger, die gesamte Selbstverwaltung kostet zudem unter einer halben Mio. €. Zuletzt mahnte deshalb auch der Presserat in diesem Zusammenhang, dass „Informationen von Regierungsstellen nicht immer ausgewogen sind und von Medien nur nach

eingehender Recherche und Überprüfung übernommen werden sollten“.

Grund für die Mehrkosten in den Arbeiterkammer-Berechnungen in diesem Zusammenhang ist, dass die AK nun auch Mehrkosten für einen bundesweiten Gesamtvertrag mit den Ärzten berechnet hat – in Summe rund 500 Mio. €; bisher gingen Experten von 1,6 Mrd. € aus. Sowohl das Sozialministerium als auch ÖVP-Klubobmann August Wöginger haben die Berechnungen der Arbeiterkammer zurückgewiesen. Zuständig für die Umsetzung sei die Selbstverwaltung und die habe auf die vorhandenen budgetären Mittel Bedacht zu nehmen. Es könnte also auch sein, dass die Ärzte leer ausgehen.

## Streit um Prüfung

Kritik kommt aus der WGKK. Sie fürchtet weniger effiziente Prüfungen durch die Verlagerung an die Finanz, Mehrkosten in der Verwaltung und Nachteile für kleinere Firmen und Versicherte. Gerade Letzteren drohe künftig mehr Bürokratie. Das Finanzministerium teilt die Kritik nicht. Ziel der Reform sei der „Abbau von Doppelgleisigkeiten“ und weniger Verwaltungsaufwand; auch gehe es um eine effizientere Prüftätigkeit. (iks)

## Gesundheit breit denken

European Health Forum Gastein diskutierte Reform.

BAD HOFGASTEIN. Das 21. European Health Forum Gastein, eine offizielle Veranstaltung der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft, ist Ende der Woche über die Bühne gegangen. 600 führende Gesundheitsexperten vertraten die Ansicht, dass mutige politische Entscheidungen zu treffen sind, um die Gesundheitssysteme in Europa nachhaltig zu gestalten. Die Teilnehmer des

EHFG sprachen dabei auch praktische Gesundheitsprobleme wie die Verfügbarkeit gut ausgebildeten Gesundheitspersonals an. Den Teilnehmern zufolge muss sichergestellt werden, dass gesundheitliche Gesichtspunkte in alle Politikbereiche einfließen und zukünftige Entscheidungen leiten. Dazu gehören auch gesundes Altern und betriebliche Gesundheitsförderung. (iks)



© Franz/EHFG

In Bad Hofgastein trafen sich 600 führende Gesundheitsexperten aus Europa.